

Politik Chronik



„Die Verhandlungen müssen fortgesetzt werden, am Ende werden wir uns einigen.“

Ungarns Regierungschef Viktor Orban meldete sich am Freitag mit einer überraschend positiven Prognose

Trumps Anwälte verstricken sich in Verschwörungstheorien

WASHINGTON (dpa). Die Anwälte von Donald Trump tauchen in ihren Attacken gegen den Ausgang der verlorenen Präsidentschaftswahl immer tiefer in Verschwörungstheorien ab. Sie behaupten unter anderem, die Demokraten hätten die Wahl mit Hilfe von Kommunisten aus Venezuela manipuliert – weiterhin ohne Beweise. Anwältin **Sidney Powell** machte in einem TV-Interview keinen Hehl daraus, was Trump erreichen will: Mehrere Bundesstaaten sollen die Ergebnisse der Abstimmung schlicht nicht anerkennen und stattdessen Wahlleute ernennen, die für ihn statt für Wahlsieger Joe Biden stimmen. US-Rechtsexperten geben solchen Plänen keine Erfolgsaussichten. Den Trump-Anwälten läuft die Zeit davon: In mehreren Bundesstaaten nähern sich die Termine zur amtlichen Bestätigung der Wahlergebnisse. So steht



Sidney Powell APA/Getty/Drew Angerer

das am Montag in Pennsylvania und Michigan an. Unterdessen verlor die Trump-Seite allein am Donnerstag vor Gerichten in den Bundesstaaten Georgia, Pennsylvania und Arizona. Bisher sammelten die Anwälte mehr als 30 Schläppen vor Gericht ein, mit nur einem kleinen Erfolg. Trumps langjähriger Anwalt und Vertrauter Rudy Giuliani stellt dennoch weitere Klagen in Aussicht.

Spannungen auf Asien-Pazifik-Gipfel: Trump trifft wieder Xi

KUALA LUMPUR (dpa). Der Kontrast war auffällig: Während Chinas Präsident Xi Jinping auf dem Asien-Pazifik-Gipfel über den Kampf gegen die Pandemie sprach, spuckte das Twitter-Konto von US-Präsident Donald Trump eine Mitteilung nach der anderen über angeblichen Betrug bei seiner Wahlniederlage aus. Schon zum Auftakt der Videokonferenz der 21 Staats- und Regierungschefs der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (Apec) wirkte der vom Weißen Haus zugeschaltete Trump auffällig abgelenkt, fast desinteressiert. Es war nicht der große Auftritt, den sich der abgewählte amtierende US-Präsident auf dem wichtigsten Gipfel der Pazifik-Anrainer am Freitag vielleicht gewünscht hätte. Gastgeber Malaysia unterbrach die Live-TV-Übertragung nach dem Auftakt – noch bevor Trump sei-

ne Rede hielt. Das Treffen der Apec-Wirtschaftsgemeinschaft war aber der erste, wenn auch virtuelle Kontakt mit seinem Rivalen, Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping, seit 8 Monaten. Zuletzt hatten Trump und Xi Jinping am 27. März am Telefon miteinander gesprochen – bevor die Corona-Pandemie so richtig losging. Danach war Trump noch voll des Lobes für Xi Jinping gewesen: „Großen Respekt!“ „China hat viel durchgemacht und ein gutes Verständnis von dem Virus entwickelt. Wir arbeiten eng zusammen“, schrieb Trump damals auf Twitter über das „sehr gute Gespräch“. Seither herrschte aber Funkstille. Es gibt schwere Spannungen über den Handelskrieg, den harten Kurs Pekings in Hongkong, die Verfolgung der Uiguren und amerikanische Sanktionen.



Wieder einmal liegt es an Angela Merkel, einen Kompromiss im Streit um den EU-Haushalt zu finden.

APA/afp/MICHAEL SOHN

In der EU herrscht Ratlosigkeit

NACH EU-VIDEOGIPFEL: Was tun im Streit mit Ungarn und Polen über Geld und Rechtsstaat?

BRÜSSEL (dpa). Was für eine Woche für die Europäische Union. Ungarn und Polen blockieren kurz vor dem Jahresende das mühsam ausgehandelte Haushaltspaket samt Corona-Hilfen und spalten die Gemeinschaft.

„Frau Merkel, übernehmen Sie!“

Nach einem ergebnislosen Videogipfel heißt es nun in Brüssel: Frau Merkel, übernehmen Sie! Dieselbe Zuspitzung beim Brexit, wo kurz vor knapp immer noch kein Handelspakt mit Großbritannien steht und nun auch noch ein Corona-Fall Sand ins Getriebe streut. Die Zeit läuft aus. Und so dürften die nächsten Tage ebenso aufreibend werden wie die vergangenen.

Die Haushaltskrise hatten Bundeskanzlerin Angela Merkel und die übrigen EU-Staats- und

Regierungschefs am Donnerstagabend plötzlich auf der Tagesordnung ihrer Videoschalt, bei der es eigentlich um Corona gehen sollte. Da aber niemand ein Rezept zur Lösung des Streits mit Ungarn und Polen hatte, band EU-Ratschef Charles Michel die Debatte nach nur einer Viertelstunde ab. Nun hängt es an Merkel, weil Deutschland derzeit den Vorsitz der EU-Länder führt. Doch die Optionen sind begrenzt.

Ungarn und Polen blockieren den entscheidenden Haushaltsbeschluss – und damit das ganze 1,8 Billionen Euro schwere Finanzpaket – aus Protest gegen eine neue Rechtsstaatsklausel. Demnach können EU-Gelder gekürzt werden, wenn die Empfängerländer bestimmte Standards verletzen, etwa die Unabhängigkeit der Justiz, und dies Auswirkungen auf die ordnungsgemäße Vergabe von EU-Mitteln haben könnte. Die beiden Regierungen wollen die

Klausel nicht, fast alle anderen EU-Staaten und das Europaparlament erklären sie hingegen für unverzichtbar.

Nötig sei eine Einigung, sagte EU-Ratschef Michel, und hinter den Kulissen ist vage von „Verhandlungen“ die Rede, die Merkel nun organisieren soll. In welchem Format und zu welchem genauem Zweck, das war auch am Freitag nicht klar. Zeit könnte helfen, die beiden Staaten kompromissbereit zu stimmen, hieß es aus EU-Kreisen. Vielleicht auch Geldnot, denn beide bekämen aus dem Haushalt und dem 750-Milliarden-Plan gegen Corona Milliardensummen. Womöglich könnte auch eine Expertise des Europäischen Gerichtshofs zur Rechtsstaatsklausel angefordert werden.

Und dann ist da noch die Option, die das Forschungsinstitut ZEW Mannheim die Variante „EU minus 2“ nennt. Die vor allem in den südeuropäischen Krisenstaaten dringend erwartete

ten Corona-Hilfen könnten ohne die beiden Neinsager mit einem internationalen Vertrag der 25 übrigen Staaten auf den Weg gebracht werden. Auch bei der Schengenzone und beim Euro machten ja nicht alle EU-Staaten mit, erinnert ZEW-Experte Friedrich Heinemann.

Kampfansage

Doch wäre ein solches Verfahren nicht nur langwierig – es wäre eine Kampfansage an Ungarn und Polen, die damit dauerhaft als ausgebremste Quertreiber im Beiboot des großen EU-Tankers schaukeln würden. Der Bruch würde zementiert. Deshalb will offiziell darüber vorerst niemand reden. Ratschef Michel beschwört lieber ein Wunder: „Die Magie der Europäischen Union liegt darin, dass es ihr gelingt, Lösungen zu finden, selbst wenn man davon ausgeht, dass dies nicht möglich ist.“

© Alle Rechte vorbehalten

EUROPA-SPLITTER

Drama um Geld und Werte

BRÜSSEL: Die drohende Blockade der Covid-Gelder der EU als Ausdruck zweier Parallelwelten?

Unsummen an EU-Hilfen liegen in Brüssel bereit zur Umschichtung in die 27 krisengeschüttelten Mitgliedstaaten. Doch 2, Ungarn und Polen, blockieren eine Einigung. Sie wollen nicht, dass die Auszahlung von EU-Geldern an die Einhaltung gemeinsamer Grundwerte, allen voran Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Grundrechte, gebunden wird. Was bizarr klingt, ist der Ausdruck zweier Parallelwelten, die sich in der EU in den letzten Jahren gebildet haben.

In den beiden Ländern, die halbherzig auch vom Ministerpräsidenten Sloweniens unterstützt werden, heißt es, die Europäische Union würde in dieser Debatte die gemeinsamen Grundwerte nur verschieben. In Wahrheit ginge es aber um eine Unterwerfung der Osteuropäer. Man wolle den Ländern im Osten eine liberale Politik in Sachen Migration und anderen gesellschaftspolitischen Fragen aufzwingen. Orban sprach in einem Interview gar davon, dass



Videokonferenz der Staats- und Regierungschefs. APA/afp/OLIVIER MATTHYS

sich die EU aufführe wie die Sowjetunion. Die EU-Mehrheit wird als arrogant, anmaßend, ja gar kolonialistisch wahrgenommen.

Szenenwechsel – Besuch im anderen Lager. In der Mehrheit der EU-Staaten sinkt zunehmend das Verständnis für die Art und Weise, wie die Regierungen in den beiden Ländern ihre Parlamentsmehrheiten nützen, um die Staaten in einer Art umzubauen, die nicht nur ihre Macht langfristig sichert, sondern auch wenig auf rechtstaatliche Grundsätze achtet. Mit der Ver-

bindung zwischen dem finanziellen Mehrjahresrahmen samt Coronageldern und der Einhaltung der EU-Grundwerte geht es nun unversehens um die Wurst. So sehr, dass der niederländische Ministerpräsident vage ventilert hat, dass man sich auch überlege, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn einzuleiten.

Dies sind ungehörte Töne am Brüsseler Parkett – Vertragsverletzungsverfahren lässt man normalerweise in den Händen der EU Kommission. Unter den Mitgliedstaaten gilt, dass keine

Krähe der anderen ein Auge auskratzt. Doch nun liegen die Nerven blank. Das Dogma der Einheit scheint an sein Ende gekommen.

Wer hat recht? Es wäre falsch und faul zu sagen, dass die Wahrheit in der Mitte liegt. Fest steht: Es stimmt nicht, dass „der Westen“ hier die Werte missbrauche, um seine „Meinungen“ durchzusetzen. Urteile des EuGH sind keine Meinungen, sondern zwingendes Recht. Fest steht aber auch, dass sich viele Osteuropäer in der EU unverstanden fühlen. Und wohl fehlt es tatsächlich oft an Empathie, wenn zum Beispiel behauptet wird, Polen sei schlechthin gegen Migration eingestellt. Polen nimmt massive Ausmaße von Ukrainern jedes Jahr auf. Und beide Länder leiden unter Abwanderung der Jugend und der Intelligenz in den Westen. Solche Dinge prägen. Doch ein zu wenig an Empathie kann nicht ein zu wenig an Rechtstaatlichkeit entschuldigen.

© Alle Rechte vorbehalten

5 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



„D“: Welche dieser Szenarien sind für Sie am wahrscheinlichsten?

Toggenburg: Keines. Ich denke, man wird alles versuchen, einen Showdown zu vermeiden. In nichts ist die EU so gut wie im Kompromisse-Finden.

„Dolomiten“: Mit dem Veto von Ungarn und Polen ist es nun aus mit den EU-Geldern?

Gabriel N. Toggenburg: Das reguläre EU-Budget könnte über einen Nothaushalt Monat für Monat weiterlaufen.

„D“: Und was ist mit dem Corona-Finanzpaket?

Toggenburg: Als „nukleare Option“ steht im Raum, die 750 Milliarden unter den 25 Staaten völkerrechtlich zu verwalten. Oder man bringt die Verordnung, welche die Rechtsstaatskonditionalität für EU-Gelder einführt, zur Abstimmung und überstimmt die beiden Länder. Damit würde der Anreiz, das Budget zu blockieren, absterben. Oder man führt die Artikel-7-Verfahren gegen die beiden Staaten zum bitteren Ende und versucht ihre Stimmrechte zu entziehen.

„D“: Darf es denn bei Werten Kompromisse geben?

Toggenburg: Nein, da haben Sie recht. Aber ich denke, die moderne Welt muss lernen, mit Parallelwelten umzugehen. Es gibt nicht nur ein Polen, ein Ungarn, ein Amerika. Es wird zunehmend wichtig, die nicht-repräsentierten Bevölkerungsgruppen des „vis-à-vis“ zumindest mitzudenken. Was im Übrigen auch gegen die Regierungsposition sprechen würde.

„D“: Warum?

Toggenburg: In beiden Ländern sind 72 Prozent der Bürger für eine Koppelung der EU-Gelder an die Einhaltung der Grundwerte.

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz